Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/1948

03. 09. 82

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 8. September 1982
am Donnerstag, dem 9. September 1982

Verzeichnis der Fragesteller

Abgeordneter	*Nummer der Frage*
Austermann (CDU/CSU)	54, 55
Biehle (CDU/CSU)	12, 13
Catenhusen (SPD)	10, 11
Dr. Czaja (CDU/CSU)	23, 24
Duve (SPD)	25, 26
Eigen (CDU/CSU)	1, 2
Dr. Enders (SPD)	5, 6
Engelsberger (CDU/CSU)	3, 4
Gobrecht (SPD)	38, 39
Hauser (Krefeld) (CDU/CSU)	27, 28
Dr. Hennig (CDU/CSU)	18, 19
Horstmeier (CDU/CSU)	52, 53
Dr. Hupka (CDU/CSU)	31, 32
Lambinus (SPD)	35
Dr. Laufs (CDU/CSU)	14, 15
Lennartz (SPD)	48, 49
Lowack (CDU/CSU)	58
Dr. Mertens (Bottrop) (SPD)	42, 43
Milz (CDU/CSU)	7, 8
Peter (Kassel) (SPD)	56, 57
Poß (SPD)	40, 41
Rapp (Göppingen) (SPD)	33, 34
Dr. Riedl (München) (CDU/CSU)	29, 30
Schartz (Trier) (CDU/CSU)	59, 60
Dr. Scheer (SPD)	9, 20
Schlatter (SPD)	46, 47
Dr. Soell (SPD)	21, 22
Dr. Spöri (SPD)	36, 37
Stiegler (SPD)	16, 17
Dr. Struck (SPD)	44, 45
Stutzer (CDU/CSU)	50, 51

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	10

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche Handelshemmnisse im Handel mit Eiern gibt es in welchen Ländern der Europäischen Gemeinschaft?

2. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

3. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung ihre zustimmende Haltung zum Erdgasröhrengeschäft noch aufrechterhalten, nachdem neueste Untersuchungen bekanntgeworden sind, die besagen, daß die Gasversorgung Westeuropas aus der westlichen Hemisphäre mit Flüssiggastankern sogar billiger erfolgen und auf diese Weise eine beachtliche Anzahl von Arbeitsplätzen im eigenen Lande gesichert werden könnte, und bringt der Bau der Pipeline von Sibirien zum Atlantik nicht vor allem der Sowjetunion den größten Nutzen dadurch, daß diese ihre eigene Infrastruktur ganz beachtlich verbessern kann?

4. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist das Erdgasröhrengeschäft überhaupt noch moralisch zu verantworten, nachdem Pressemeldungen zufolge Recherchen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt am Main ergeben haben, daß für die Baumaßnahmen Strafgefangene aus dem Archipel GULag, d. h. insbesondere auch politische Häftlinge, zum Einsatz kommen, und müssen diese Arbeitseinsätze nicht mit denen von KZ-Insassen während der Hitler-Diktatur verglichen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

5. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn Überlegungen anstellt, kleinere Bahnpolizeiwachen zu größeren Einheiten zusammenzulegen, um die Effizienz des bahnpolizeilichen Einsatzes zu erhöhen?

6. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Ist von dieser Maßnahme auch die Bahnpolizeiwache des Eisenbahnknotenpunkts und Grenzbahnhofs Bebra betroffen, und welche negativen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in Bebra und im Zonenrandgebiet müssen befürchtet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

7. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Treffen Presseberichte zu, wonach die DDR entlang der innerdeutschen „Grenze“ von der Ostsee bis zum Fichtelgebirge eine Mauer von ca. 1393 km Länge und einer Höhe von 3 bis 4 m plant?

8. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung für den Fall der Richtigkeit dieser Presseberichte gegenüber der DDR unternehmen, und wird die Bundesregierung einen Besuch des Staatsratsvorsitzenden Honecker in der Bundesrepublik Deutschland, nachdem mehrere führende Unionspolitiker nicht in die DDR einreisen durften, solange als unerwünscht betrachten, bis mit Sicherheit gewährleistet ist, daß die DDR von diesem „Bauvorhaben" abläßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

9. Abgeordneter **Dr. Scheer** (SPD)

Sind der Bundesregierung Pläne in der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bekannt, die auf die Führbarkeit eines mehrmonatigen Atomkriegs und seine Gewinnbarkeit abzielen und die den Aufbau eines Kommunikationssystems vorsehen, das im Widerspruch zum SALT 1-Vertrag stünde?

10. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Studie des US-Außenministeriums, die einen atomaren Krieg mit der Dauer eines halben Jahrs als führbar und gewinnbar erklärt, vor allem in den Auswirkungen eines derartigen Kriegs auf die Bevölkerung West-Europas?

11. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)

Wird sich die Bundesregierung im Rahmen der NATO allen Bestrebungen widersetzen, Planungen, die die Führung eines Atomkriegs einschließen, zur Grundlage der NATO-Strategie zu machen?

12. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Wehrpflichtigen, die in Bayern ein Studium an einer technischen Fachhochschule aufnehmen wollen, das nur im Wintersemester beginnt, und die deshalb eine vorzeitige Entlassung aus der Bundeswehr anstreben, die entsprechenden Anträge mit der Begründung abgelehnt werden, daß dieses Studium in anderen Bundesländern auch mit einem Sommersemester begonnen werden kann, und es als zumutbar angesehen wird, sich an einer solchen Hochschule um einen Studienplatz zu bemühen?

13. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, eine Änderung dieser Verfahrensweise herbeizuführen, weil in vielen Fällen nicht von den Wehrpflichtigen zu vertreten ist, daß sie verspätet einberufen werden und damit ihr beruflicher Ausbildungsbeginn nicht unerheblich verzögert wird, die Finanzierung des Studiums durch die eigene Familie oftmals nur gesichert ist, wenn der Betroffene für diese Zeit möglichst in unmittelbarer Nähe der häuslichen Gemeinschaft verbleiben kann bzw. durch die geschilderte Verfahrensweise die durch das Grundgesetz garantierte freie Wahl der Ausbildungsstätte eingeschränkt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

14. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welches sind die Gründe für die relativ schwache Nachfrageentwicklung für Satellitendienste in der Bundesrepublik Deutschland und für den Rückstand gegenüber anderen Ländern, kann insbesondere der bisher ungenügende Entwicklungsaufwand auf diesem Gebiet die Ursache sein, weil integrierte, direkt vom Teilnehmer erreichbare Satellitendienste der Netz- und Dienststrategie der Deutschen Bundespost widersprechen?

15. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Liberalisierung des Fernmeldewesens im angelsächsischen Raum nicht nur das Ziel verfolgt, neben den Netzträgern auch andere Anbieter im Endgerätebereich zuzulassen, sondern grundsätzlich die reinen Übermittlungsdienste (Basic Transmission Services) von allen aufgesetzten, erweiterten Diensten, wie zum Beispiel Bildschirmtext, sowie allen Endgeräten und Benutzersystemen auf privaten Teilnehmergrundstücken rechtlich abzutrennen und aus der staatlichen Regulierungsbefugnis herauszulösen, damit sich ein die Innovation fördernder Wettbewerb besser entwickeln kann, und wie bewertet die Bundesregierung diese Liberalisierungspolitik bezogen auf deutsche Verhältnisse?

16. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Welchen Erfolg hatte die Absicht des Bundespostministeriums (Verfügung 323–9 B 6814–1 vom 23. Januar 1982), für 1982 zusätzliche Ausbildungsstellen für Mädchen, Ausländer und Behinderte zur Verfügung zu stellen, und wie vielen Bewerbern ist über die Quote hinaus ein Ausbildungsplatz angeboten worden?

17. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Inwieweit sichert die Deutsche Bundespost die Absichten der Modellversuche „Mädchen in gewerblich-technischen Ausbildungsberufe" durch die Übernahme von ausgebildeten Fernmeldehandwerkerinnen, und wie vielen dieser jungen Frauen ist eine ausbildungsgerechte Weiterbeschäftigung am Ort angeboten worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

18. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Welche Vorbereitungen hat die Bundesregierung getroffen, um 1983 einen angemessenen deutschen Beitrag anläßlich der Feier des 200. Geburtstags Simon Bolivars sicherzustellen, und sieht die Bundesregierung in diesen Veranstaltungen einen Weg, das durch den Falklandkonflikt getrübte Verhältnis zwischen Europa und Lateinamerika zu verbessern?

19. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Kann sich die Bundesregierung die Rechtsauffassung des früheren Staatsministers im Auswärtigen Amt und jetzigen Präsidenten des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. von Dohnanyi, zu eigen machen, der am 16. August 1982 dem Botschafter der Republik Bolivien schrieb, „Das von

Ihnen zitierte Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen ist also von Hamburger Seite durch die vom Senat eingenommene Haltung gegenüber den Vorgängen um das bolivianische Generalkonsulat zu keinem Zeitpunkt verletzt worden", oder steht die Bundesregierung zu dem, was sie mir vor einigen Monaten in der Fragestunde in diesem Zusammenhang versichert hat?

20. Abgeordneter **Dr. Scheer** (SPD)

Rechnet die Bundesregierung damit, daß Versuche von Heeresvertretern der Vereinigten Staaten von Amerika im Kongreß, im Kriegsfall die Entscheidungsgewalt über den Einsatz von Atomwaffen zu erhalten, Erfolg haben werden, und wie wird die Bundesregierung gegebenenfalls darauf reagieren?

21. Abgeordneter **Dr. Soell** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Gründe bekannt, die die Behörden der CSSR veranlaßten, dem in Wien ansässigen Korrespondenten der Rhein-Neckar-Zeitung (Heidelberg), Raymund Hörhager, am 17. August d. J. die Einreise in die CSSR zu verweigern?

22. Abgeordneter **Dr. Soell** (SPD)

Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um künftig eine faire Behandlung von Journalisten der Bundesrepublik Deutschland durch Behörden der CSSR zu sichern?

23. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bei präziser Übersetzung der Erklärung von Versailles der Auffassung, dort sei für den Osthandel Vernunft bei der „Gewährung von Ostkrediten" (Antwort auf Frage 5 in Drucksache 9/1939) beschlossen worden, oder ist die Übersetzung der Dokumentation des „Europaarchivs" von „limitation" mit „Begrenzung der Ausfuhrkredite" richtig, und in welcher Nummer der Bonner Erklärung vom 10. Juni 1982 sind — worauf die Bundesregierung in der Antwort auf Frage 5 in Drucksache 9/1939 verweist — „Finanzbeziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage" beschlossen worden?

24. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Rahmen des Internationalen Privatrechts bei Auslandslieferverträgen und Lizenzvergabe ins Ausland Rechtswirkungen, die sich aus dem Außenwirtschaftsgesetz ergeben, mit dem Völkerrecht vereinbar sind, und daß der „Vertrauenskodex für Tochtergesellschaften und Vertretungen in Südafrika" ebenso wie z. B. Auflagen im Zusammenhang mit der deutschen Hilfe zur Erstellung von Kernkraftwerken im Ausland und Auslandslieferverträge, die die Anwendung deutschen Rechts vereinbaren, „extraterritoriale Rechtswirkungen" haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

25. Abgeordneter **Duve** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Hinweise des amerikanischen Rechtsextremisten Gary Lauck, daß er über Kontakte beim Bundesgrenzschutz und in der Bundeswehr verfüge, die seine Organisation gegebenenfalls auch mit Waffen versorgen würde?

26. Abgeordneter **Duve** (SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung auf die in der Monitor-Sendung des WDR am 17. August 1982 von dem amerikanischen Rechtsextremistenführer unverhüllt geäußerte Drohung, künftig statt verbotenem Propagandamaterial Waffen in die Bundesrepublik Deutschland einzuschleusen, zu reagieren?

27. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung den für März 1982 angekündigten Bericht der Expertenkommission zur Lohnfortzahlung bislang noch nicht vorgelegt?

28. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, nunmehr unverzüglich entweder den Gesamtbericht oder doch zumindest einen Zwischenbericht dem Parlament vorzulegen, damit in dieser Frage auf der Grundlage der jüngsten Erkenntnisse im Parlament beraten und entschieden werden kann?

29. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Wie viele Anwärter des öffentlichen Dienstes sind vom Bund zusätzlich eingestellt worden, nachdem die Kürzung der Bezüge für Anwärter nach dem 2. Haushaltsstrukturgesetz zum 1. Januar 1982 wirksam geworden ist?

30. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die vom Gesetzgeber erwarteten Konsequenzen aus der ab 1. Januar 1982 erfolgten Kürzung der Anwärterbezüge inzwischen gezogen worden sind?

31. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie viele polnische Staatsangehörige – mit Deutschen Verheiratete und rein polnische Familien – sind nach der Entlassung aus der seit dem 13. Dezember 1981 verhängten „Internierung" in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen und aufgenommen worden?

32. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Inwieweit kann die Bundesregierung die Angaben der Arbeitsgemeinschaft für Nichtseßhaftenhilfe bestätigen, daß sich die Zahl der Nichtseßhaften 1980/81 um 35 v. H. erhöht hat, und wie erklärt sie es, daß die Gruppe der Aussiedler und „Freigekauften" aus der DDR überproportional vertreten sein soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

33. Abgeordneter **Rapp (Göppingen)** (SPD)

Welchen Stand haben die mit der Ersten Richtlinie des EG-Ministerrats vom 12. Dezember 1977 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und die Tätigkeit der Kreditinstitute in Gang gekommenen Bemühungen zur Abstimmung und Vereinheitlichung des Bankenrechts in Europa auf dem Gebiet der Zusammenarbeit der nationalen Bankenaufsichtsbehörden und bezüglich der nationalen Gesetzgebungen erreicht, und wie beurteilt die Bundesregierung die verschiedentlich geäußerte Sorge, daß es im Zuge dieser Bemühungen zu erhöhten administrativen Belastungen der deutschen Kreditinstitute und der Behörden kommen könnte?

34. Abgeordneter **Rapp (Göppingen)** (SPD)

Sind in den Diskussionsentwurf des Bundesfinanzministeriums zu einer Novelle des Kreditwesengesetzes bereits Ergebnisse – gegebenenfalls in welchen Positionen – der europäischen Bankenrechtskoordinierung eingegangen, und glaubt die Bundesregierung, ausschließen zu können, daß es im Zuge der Koordinierung in einem dem Gesetzeszweck abträglichen Maß zu wiederholten Änderungen des Kreditwesengesetzes kommen könnte?

35. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Treffen Pressemitteilungen zu, nach welchen das Finanzamt Stuttgart die „Truppenkameradschaft des 1. Panzercorps der Waffen-SS, Leibstandarte Adolf Hitler“ als gemeinnützige Organisation nach den Vorschriften der Gemeinnützigkeitsverordnung anerkannt hat, und wenn ja, welche Kriterien führten zu dieser Anerkennung?

36. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um ungerechtfertigt hohe Steuervorteile gehobener Einkommensbezieher durch Gesetze oder Verwaltungsanweisungen einzuschränken?

37. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Inwieweit waren diese Maßnahmen wirksam bzw. wurden sie durch Nutzung anderer steuerlicher Schlupflöcher unterlaufen?

38. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

Welche der vom nordrhein-westfälichen Finanzminister Dr. Posser dargestellten Praktiken bei Steuervergünstigungen, mit denen das steuerpflichtige Einkommen drastisch reduziert wird, sollten nach Auffassung der Bundesregierung künftig gesetzgeberisch verhindert werden?

39. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

Inwieweit tragen die steuerpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung zum Haushalt 1983 diesen Fehlentwicklungen bei der legalen Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen Rechnung?

40. Abgeordneter **Poß** (SPD)

Welche der vom Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen angeregten Gesetzesänderungen zur Bekämpfung des Mißbrauchs von Steuervorteilen sollten nach Auffassung der Bundesregierung mit dem Ziel, sie zu verwirklichen, geprüft werden?

41. Abgeordneter **Poß** (SPD)

Welche Steuervorteile werden auf Grund von Übergangsregelungen in den nächsten Jahren automatisch auslaufen?

42. Abgeordneter **Dr. Mertens (Bottrop)** (SPD)

Welchen Fällen mißbräuchlicher Nutzung überhöhter Steuervorteile kann aus der Sicht der Bundesregierung gegenwärtig gesetzgeberisch nicht wirksam entgegengetreten werden?

43. Abgeordneter **Dr. Mertens (Bottrop)** (SPD)

Welche gesetzgeberischen Einschränkungsversuche der Bundesregierung bei Steuervorteilen scheiterten bisher am Widerstand des Bundesrats?

44. Abgeordneter **Dr. Struck** (SPD)

Wie entwickelte sich in den letzten Jahren der Umfang der Steuersubventionen im Verhältnis zum Gesamtsubventionsvolumen?

45. Abgeordneter **Dr. Struck** (SPD)	Welche verteilungspolitischen Folgen hätte die Ausklammerung von Steuersubventionen beim Subventionsabbau?
46. Abgeordneter **Schlatter** (SPD)	Sieht die Bundesregierung eine Einschränkung des sofortigen Abzugs von Werbungskosten als ein geeignetes und notwendiges Mittel an, um ungerechtfertigten Steuervorteilen beim Bauherrenmodell entgegenzuwirken, wie dies der nordrhein-westfälische Finanzminister tut?
47. Abgeordneter **Schlatter** (SPD)	Sieht die Bundesregierung über den Vorschlag der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hinaus, Verluste aus Vermietungen und Verpachtungen, die in der Bauphase eines Gebäudes entstehen, nicht mehr im Vorauszahlungsverfahren, sondern erst bei der Veranlagung zur Einkommensteuer zu berücksichtigen, weitere gesetzliche Möglichkeiten, den Personalaufwand der Finanzämter bei der Besteuerung von Bauherrengemeinschaften in vertretbaren Grenzen zu halten?
48. Abgeordneter **Lennartz** (SPD)	Sieht die Bundesregierung in der Abschaffung der Steuerfreibeträge und des ermäßigten Steuersatzes bei der Veräußerung von Betrieben und Beteiligungen, die nur eine kurze Zeit dem Veräußerer zuzurechnen waren, eine wirksame Maßnahme zur Vermeidung ungerechtfertigter steuerlicher Vorteile aus einer Verlustzuweisungsgesellschaft, und hält sie diese Maßnahmen bei anderen Betrieben für vertretbar?
49. Abgeordneter **Lennartz** (SPD)	Hält die Bundesregierung eine weitere Einschränkung der nach dem Auslandsinvestitionsgesetz begünstigten Aktivitäten und schärfere Nachweisvoraussetzungen für notwendig – wie dies vom Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen gefordert wurde – oder sogar darüber hinausgehende Beschränkungen der Berücksichtigung ausländischer Verluste bei der deutschen Besteuerung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

50. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Was wird die Bundesregierung unternehmen, um den von der Bundesanstalt für Arbeit neu berechneten Fehlbedarf von rund 6900 Kräften zu decken, oder ist sie der Meinung, daß auch bei einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit die Arbeitsverwaltung mit dem derzeitigen Personalbestand ihre Aufgaben uneingeschränkt so wahrnehmen kann, wie es das Arbeitsförderungsgesetz vorsieht?
51. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung eine Aufhebung der Bestimmung des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vorschlagen, nach der die Bundesanstalt für Arbeit ihren Personalbestand im Jahr 1983 um 1 v. H. zu kürzen hat, oder hat sie eine Aufgabenentlastung für den Bereich der Bundesanstalt für Arbeit vorgesehen?

52. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß es grundsätzlich äußerst bedenklich ist, daß ab 1983 alle Empfänger von Leistungen der Altershilfe für Landwirte als Bezieher von Versorgungsbezügen Beiträge zur Krankenversicherung in Höhe des halben maßgeblichen Beitragssatzes – im Bundesdurchschnitt z. Z. 6,2 v. H. – aufbringen sollen und die entsprechenden Mehrbelastungen im Regelfall 1983 höher liegen als die vorgesehene nominelle Leistungsanpassung von rund 5,6 v. H. durch das Rentenanpassungsgesetz 1983?
53. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)	Räumt die Bundesregierung ein, daß diese vorgesehene Maßnahme, die der Entlastung des Bundeshaushalts dienen soll, die Folge ihrer Wirtschafts-, Finanz-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik ist, durch die jetzt den Leistungsempfängern in der Altershilfe für Landwirte neue Opfer zugemutet werden?
54. Abgeordneter **Austermann** (CDU/CSU)	In welchem Umfang wurden 1982 Arbeitserlaubnisse für ausländische Arbeitnehmer auf Grund bestimmter Zusagen gegenüber ausländischen Regierungen erteilt?
55. Abgeordneter **Austermann** (CDU/CSU)	Ist beabsichtigt, die Arbeitsverwaltung flexibler zu machen, um bei Bedarf an Arbeitskräften in Gebieten mit geringerer Arbeitslosigkeit Arbeitslose aus Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit vermitteln zu können?
56. Abgeordneter **Peter (Kassel)** (SPD)	Welche Kostenentwicklung hat es im Bereich der Kuren – nach den einzelnen Leistungsträgern gegliedert – seit den Gesetzesänderungen zum 1. Januar 1982 gegeben?
57. Abgeordneter **Peter (Kassel)** (SPD)	Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, welche personellen Auswirkungen auf Grund der Kostenentwicklung in Kurheimen eingetreten sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

58. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Mitteilung von Zivildienstleistenden beim Einführungslehrgang in Castrop-Rauxel rein marxistische Indoktrinierung „unverhüllt und intensiv" betrieben wird, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit das Bundesamt für Zivildienst seiner Aufsichtspflicht im notwendigen Umfang nachkommt?
59. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung , dem Beschluß des Deutschen Bundestages folgend, beantragt, die EG-Verordnung Nr. 337/79 dahin gehend zu ändern, daß für die Weinbaugebiete Mosel – Saar – Ruwer, Ahr und Mittelrhein eine Anreicherung um 4,5 Volumenprozent ständig zugelassen wird?

60. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Bis wann ist mit einer entsprechenden Änderung der EG-Verordnung 337/79 zu rechnen?

Bonn, den 3. September 1982

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Telefon (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333